

Freitag, 13. Juni 2025, Freitags-Anzeiger / Mörfelden-Walldorf

Bürokratie verzögert Solarprojekt

Geplante PV-Anlage am Friedhof beschäftigt BUND gut anderthalb Jahre



Formularchaos: Dirk Kieselstein hadert mit der Bürokratie hinsichtlich des Klimaschutz-PV-Bau-projekts. © Marc Schüler

Mörfelden-Walldorf – Eigentlich war es ein schönes Projekt, dass sich der BUND-Ortsverband Mörfelden-Walldorf ausgesucht hatte. Die Parkplätze am Friedhof Walldorf sollten überdacht und auf den drei Carports dann eine PV-Anlage installiert werden, um umweltfreundlich Energie zu erzeugen. Doch dann dauerte das ganze Projekt, wie berichtet, gut anderthalb Jahre, anstatt

ein halbes. Wenn Ende des Monats die Wechselrichter angeschlossen werden, soll die Anlage dann endlich auch Strom produzieren.

Nach heutigem Wissen kann ich von Projekten wie diesem nur abraten.

Dirk Kieselstein, Vorsitzender des BUND-Ortsverbands Mörfelden-Walldorf, „Wenn ich gewusst hätte, was da auf uns zukommt, dann hätte ich dieses Projekt gar nicht erst begonnen. Nach heutigem Wissen kann ich von Projekten wie diesem nur abraten“, sagt Dirk Kieselstein, Vorstandsmitglied des Ortsverbands, der das Projekt federführend betreute. Die Ernüchterung in seiner Stimme lässt sich kaum verbergen. Während in der Öffentlichkeit seitens der Politik immer dafür geworben wird, Photovoltaik und andere erneuerbare Energien zur Stromerzeugung zu nutzen, sorgte die ausufernde Bürokratie bei Kieselstein und seinen Mitstreitern eher für Frust als Lust an der PV-Technik. Drei Carports mit einer PV-Anlage hatte der BUND-Ortsverband auf den Parkplätzen am Friedhof geplant, etwas mehr als 90 Kilowatt sollte diese an Strom erzeugen, der wiederum voll in das Stromnetz eingespeist würde. Gut 60000 Euro plante der BUND für dieses Vorhaben ein, man hoffte auf eine Amortisierung durch die Einspeisung in etwa zehn Jahren. Bei der Stadt standen die Verantwortlichen dem Projekt sehr positiv gegenüber, und so wurde für diese Parkplätze ein Gestattungsvertrag zwischen Stadt und Ortsverband geschlossen.

Gebührenlast und Genehmigungsfrust

Anfang des Jahres 2024 trat Kieselstein an den Stromnetzbetreiber e-netz heran und wollte ein Angebot für den Anschluss. „Wir wollten kalkulieren, welche Baunebenkosten auf uns zukommen, damit wir besser entscheiden können, ob es sich lohnt, dieses Projekt anzugehen oder ob wir permanent drauflegen“, erläutert er. Nur: das Unternehmen erstellte keine Angebote, und so blieb das Schreiben mehr als drei Monate unbeantwortet, ehe Kieselstein den Hinweis bekam, dass er die Unterlagen zum Bauvorhaben einreichen müsse, auf deren Grundlage e-netz erst tätig werden konnte. Auch hier gab es Irritationen hinsichtlich der geplanten Anlagengröße und weitere Zeit verstrich. „Unsere Ursprungsidee war, dass wir die Anlage im Juli 2024 ans Netz bringen. Denn zweimal jedes Jahr wird die Einspeisevergütung für neue Anlagen neu berechnet. Daher hofften wir, es vor August zu schaffen, wenn die neuen – meist geringeren – Sätze bekanntgegeben werden“, sagt Kieselstein dazu. Unterstützung wollte sich der Ortsverband beim lokalen Bauamt holen, was jedoch aufgrund Personalproblemen nicht viel Effekt hatte. „Wir haben die Formulare unseres Bauantrags dann selbst nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt. Wir haben zwar kundige Mitglieder, aber sind eben keine Experten“, führt er weiter aus und berichtet von weiteren Verzögerun-

gen aufgrund bürokratischer Hürden. Ein Bodengutachten sollten die Aktiven zudem erstellen lassen und einreichen, zudem Ausgleichsfläche für die versiegelte Fläche schaffen.

„Das hat gedauert, ehe wir klarstellen konnten, dass wir keinen Boden versiegeln, sondern nur die existierenden Parkplätze überdachen.“ Erst Anfang Dezember schließlich hielt Kieselstein die Baugenehmigung in den Händen, und so konnte der Bau der drei Carports kurz vor Weihnachten beginnen. „Wir hatten 35 Helfer, und es hätte sehr schnell gehen können. Aber aus versicherungstechnischen Gründen durften nur immer sechs Helfer vor Ort sein“, berichtet Kieselstein. Vom Ordnungsamt kam eine Rechnung für die Sperrung der Parkplätze, ebenso über Absperrmaterial, das der Verein letztlich selbst kaufte, um gut 1000 Euro zu sparen.

Baukosten falsch berechnet

„Dass ein Bauantrag mit Kosten verbunden ist, ist uns klar, aber sowas haben wir noch nicht erlebt“, sagt Kieselstein und kann darüber noch immer den Kopf schütteln. Anstatt die Rohbaukosten für das Projekt heranzuziehen, wurden Tabellen konsultiert, ein umbauter Raum berechnet und auf dieser Basis eine Kostennote erstellt. „Laut Tabelle wurden acht Euro Gebühren für 1000 Euro Rohbaukosten angesetzt. Und die Rohbaukosten kalkuliert, anstatt die tatsächlichen eingetragen. Somit waren diese zehnmal so hoch angenommen, als wir sie tatsächlich hatten“, berichtet er weiter. 348740 Euro hatte das Kreisbauamt als Baukosten der „überdachten Garagenanlage“ angenommen, ein einzelner Carport ist in der Kostentabelle nicht vorgesehen.

Ein Einspruch des BUND-Ortsverbands schließlich führte zu einem Termin auf dem Amt. Dort gestanden die Verantwortlichen den Verbandsvertretern einen Berechnungsfehler ein. „Im Antrag hieß es: Carport-Dach ‚für‘ eine PV-Anlage. Für eine richtige Berechnung hätte es aber ‚mit‘ PV-Anlage heißen müssen. Also nochmal 96 Euro mehr an Gebühren“, sagt Kieselstein kopfschüttelnd. Da er nachweisen konnte, wie hoch die Baukosten tatsächlich waren, wurden dem BUND 30 Prozent Nachlass zugestanden. „Damit sind die veranschlagten Baukosten als Berechnungsgrundlage immer noch siebenmal höher als die tatsächlichen.“

Bis Ende Juni hoffen die Naturschützer, die Wechselrichter und Zähler endlich installieren zu können, damit die Anlage ans Netz gehen kann. Für den BUND ein nicht unwichtiger Zeitrahmen: „Sonst rutschen wir zum dritten Mal in eine niedrigere Abstufung bei der Einspeisungsvergütung“, bestätigt Kieselstein.*MSH*